



ASIEN/PAKISTAN - Terrorismusbekämpfung: Regierung wünscht Zusammenarbeit mit Ulama

Islamabad (Fidesdienst) – Ein besonders Lob verdienen die Ulama (Religionsgelehrte des Islam), die „die Botschaft der Einheit, der Liebe und des Friedens verkünden und jede Art von Gewalt in diesem Land verurteilen“. Nach dem Blutbad in Belutschistan – das letzte einer langen Reihe von Attentaten, die in Pakistan nach offiziellen Schätzungen rund 30.000 Opfer forderten – bekräftigt Paul Bhatti, der pakistanische Minister für nationale Harmonie, im Namen der Regierung die Verbundenheit mit den islamischen Religionsführer im Kampf gegen „Terrorismus, Sektierertum, Extremismus und Diskriminierung“, die zum Verlust „tausender unschuldiger Menschenleben führen. Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten nahmen an einer Konferenz, die gestern in Islamabad stattfand, auch der pakistanische Premierminister Raja Pervaiz Ashraf, Abgeordnete, Senatoren und Vertreter der verschiedenen Glaubensgemeinschaften teil. Die Konferenzteilnehmer betonten, den Willen, den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu fördern und die „Kräfte der Gewalt und der Intoleranz“ zu bekämpfen, „die sich weiterhin aus Armut und Analphabetismus speisen“.

Bhatti beklagte in seiner Ansprache, deren Text dem Fidesdienst vorliegt, das Bestehen einer „von Hass geschürten Mentalität“, die „der Religion, dem Islam, der Menschlichkeit und den Vorstellungen des Gründervaters, Muhammad Ali Jinnah widerspricht, der von einem Land träumte, in dem Menschen aller religiösen Traditionen gemeinsam und friedlich zusammenleben, ohne Diskriminierung und Angst.“

Bhatti erinnerte auch an die Dringlichkeit der Probleme und bat alle gesunden Kräfte des Landes in der Politik, in der Gesellschaft und in der Religion, „gemeinsam gegen diese Mentalität vorzugehen, die die Gesellschaft seit allzu langer Zeit schwächt“ und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung einschränkt. Die Herausforderung, mit der sich das heutige Pakistan konfrontiert sehe, so der Minister, erfordere „aufmerksame Beobachtung, starke Nerven und kollektive Bemühungen bei einem entschiedenen Handeln in der Gegenwart und in der Zukunft.“

Damit Frieden, Stabilität, Demokratie, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Einheit für alle garantiert werden können, sei eine „roadmap“ notwendig, die auf den Vorschlägen von Religionsvertretern, Wissenschaftlern, Akademikern, Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft basiert. (PA) (Fidesdienst, 21/02/2013)